



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Geplänkel. Die Faschingwoche ist, was das Innerpolitische anlangt, nicht weniger schläfrig verlaufen, als die vorhergehende, aber sie hat doch durch einige Debatten und Vorkommnisse an die Strömungen erinnert, die auf dem Untergrunde unsers Volkslebens neben und wider einander laufen, und die wohl noch einmal einen stärkern Wellenschlag erzeugen könnten. So z. B. haben die Agrarier und die Künstler, während der Reichstag Faschingsferien hielt, im preußischen Landtage Erörterungen vom Zaune gebrochen, die in den Reichstag gehören, offenbar nur, um die Regierung fühlen zu lassen, daß sie keine Ruhe haben kann bei Tag und Nacht und nichts, was ihr Vergnügen macht, so lange sie nicht in allen Stücken den willigen und gehorsamen Diener dieser Herren spielt. In der Beantwortung der Interpellation Felsch und Genossen sprach der Handelsminister Briesfeld — um mit einem demokratischen Blatte zu reden — ganz wie ein moderner Mensch: Gegen die natürliche Entwicklung könne die Regierung nichts ausrichten; sie könne weder die Großindustrie vernichten, noch etwas daran ändern, daß sich auch die Lebensbedingungen der noch lebensfähigen Zweige des Handwerks geändert hätten, indem z. B. der Handwerker seine Rohstoffe aus fernen Ländern beziehe und sich auf erweiterte Absatzgebiete einrichten müsse; den Nöten dieser noch lebensfähigen Zweige abzuhelpen, sei die Regierung bereit, so weit sie es vermöge, aber nicht in den Zwangsorganisationen bestehe die Abhilfe — diese seien nur der Rahmen, worin sich die Rettungsarbeit zu bewegen habe —, sondern in der Unterstützung der von den Handwerkern zu gründenden Kredit-, Einkaufs- und Absatzgenossenschaften mit Geldmitteln und in der verbesserten technischen Ausbildung der Handwerker. Den Befähigungsnachweis auch für solche Gewerbe zu verlangen, wo es sich nicht, wie bei den Apothekern, Ärzten, Schiffen und andern, um öffentliche Interessen, wie um die Gefährdung von Menschenleben handelt, sei wegen der fortwährenden Umwälzungen der Technik, die beständig die Grenzen zwischen den Gewerben verschoben, unmöglich. Die Debatte, die sich daran knüpfte, bewies, daß Konservative und Zentrum auf ihrem Schein bestehen bleiben; sie werden nicht eher ruhen, als bis sie den Befähigungsnachweis haben werden, den sie als ein Mittel begehren, die Zahl der Handwerker zu beschränken und die Konkurrenz zu verhindern; alles übrige ist ihnen Nebensache. Ob und wie das Mittel wirken wird, wenn sich die Regierung endlich dazu bequemt haben wird, bleibt abzuwarten. Auch in Sachen des Duebrachholzes bekommt die Regierung nicht eher Ruhe, als bis sie sich löblich unterworfen haben wird. Es nützt ihr nichts, daß, wie der Handelsminister zum so und so vielen male ausführt, die Handelsverträge keinen Zoll auf dieses Holz und auf die Extrakte daraus gestatten, daß auch nach Ablauf der Handelsverträge die Erschwerung der Einfuhr dieser Stoffe durch einen hohen Zoll bedenklich sein würde, weil dadurch die Lederindustrie geschädigt werden würde, die einen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr von hundert Millionen erzielt, während die ganze deutsche Schälwaldproduktion bloß acht Millionen wert ist. Es nützt ihr auch nichts, daß sogar der Oberlandforstmeister Donner, dem doch gewiß der deutsche Eichenwald ans Herz gewachsen ist (ein Schälwald ist allerdings etwas andres als ein Wald alter Eichen), daß auch dieser der Regierung beitrifft; er weist nach, daß der Preis der Eichenlohe schon heruntergegangen ist, ehe ihr das Duebrachholz Konkurrenz machte, und daß die Rentabilität des Schälwaldes nur durch verbesserte Bewirtschaftung erhöht werden kann. Alles das nützt nichts und

wird auch in Zukunft nichts nützen. Wenn es die Regierung nicht für notwendig erachtete, ihre Haltung in solchen Fragen vor dem Lande zu rechtfertigen, könnten sich ihre Vertreter auf ja und nein beschränken und jede Begründung ersparen; den Agrariern Gegengründe vortragen, das ist ebenso viel, wie vor Steinbildern Reden halten.

In Sachen der Börse scheint ja nun die Regierung das thun zu wollen, was das Agrariertum für ihre Schuldigkeit erklärt; der Staatskommissar hat die Zusammenkünfte der Getreidehändler im Feenpalast und den sogenannten Frühmarkt für Börsen erklärt. Die Getreidehändler werden sich jetzt zu entscheiden haben, ob sie alle ihre Geschäfte in der Börse unter Aufsicht des Staatskommissars abmachen oder auf alle persönlichen Zusammenkünfte verzichten und nur noch brieflich oder telephonisch von Comptoir zu Comptoir miteinander verkehren wollen. Uns ist es lieb, wenn aus dem Börsengesetz die äußersten Folgerungen gezogen werden, denn nur so kann durch die Thatfachen entschieden werden, wer Recht hat: die Agrarier, die behaupten, eine Baissепartei an der Börse halte den Getreidepreis niedriger, als es das Verhältnis von Angebot und Nachfrage erfordere, oder wir, die wir behaupten, daß das reiner Unsinn sei, und daß keine Macht der Welt das Getreide wohlfeil machen könnte, wenn es nicht im Überfluß vorhanden wäre. In den drittehalb Monaten, die das neue Börsengesetz in Kraft ist, ist der Getreidepreis noch nicht um eine Mark gestiegen, sondern eher noch ein wenig heruntergegangen. Jetzt haben die Agrarier immer noch die Ausrede, daß daran die Mogelei im Feenpalast schuld sei, und es ist daher für die Theorie, deren Klärung ja dann wieder auf die Praxis zurückwirken muß, sehr nützlich, wenn das Experiment bis zu Ende durchgeführt wird. Selbstverständlich ist es uns ganz gleichgiltig, wer den Getreidehandel betreibt. Werden die bisherigen Händler ganz ausgeschaltet, gelingt es den Kornhausgenossenschaften, über deren Gedeihen wir uns ebenso freuen würden, wie über das jeder andern Genossenschaft, den bisherigen Händlerprofit den Landwirten zuzuwenden, so würden wir darin einen wirtschaftlichen Vorteil sehen, vorausgesetzt, daß die bisherigen Händler eine andre nützliche Beschäftigung finden oder auswandern. Für uns handelt es sich nur um das Preisproblem. Dieses kann allerdings noch nicht in den nächsten Monaten gelöst werden, da ja im Frühjahr, bei Abnahme der Vorräte, die Getreidepreise gewöhnlich steigen, namentlich wenn ungünstige Saatenstandsberichte eintreffen, sondern erst nach Ablauf eines ganzen Jahres mit seinen natürlichen Preisschwankungen. Sind nach völliger Unterdrückung des börsenmäßigen Getreidehandels die Getreidepreise um fünfzig bis hundert Prozent gestiegen, ohne daß entweder Mißernte oder nachgewiesene Verminderung der Anbaufläche dafür verantwortlich gemacht werden könnte, dann wollen wir den Agrariern Recht geben. Diese haben noch einen zweiten kleinen Triumph gefeiert. Ein Berliner Bankier hat seine Ultimoforderungen inkassiert, seine eignen Verbindlichkeiten zu lösen aber sich geweigert, mit der Berufung darauf, daß Forderungen aus Spielgeschäften nicht mehr klagbar seien. Uns soll es freuen, wenn es alle so machen, und wenn damit das Börsenspiel aufhört. Interessant an der Sache ist uns nur dieses: hat man jemals Klagen darüber gehört, daß an der Effektenbörse die Differenzspieler irgend ein Papier oder gar alle Papiere dauernd entwertet hätten? Jedermann sieht hier den Unsinn sofort ein, da Spielgewinne nur durch Schwankungen, nicht durch andauernde gleichmäßige Hauffe oder Baiffe erzielt werden können. An der Produktenbörse aber soll es im Interesse der Spieler liegen, den Warenpreis fünf Jahre lang unter dem natürlichen Werte der Ware zu halten!

Die Hochmögenden haben heute ein äußerst bequemes Mittel, ihnen unbequeme Theorien oder Beweisgründe zum Schweigen zu bringen; sie denunzieren jeden, der solche vorträgt, als einen Sozialdemokraten, und legen damit der Regierung die Pflicht auf, dem Manne den Mund zu verbinden und die Feder aus der Hand zu nehmen. Dieser „sozialistische Professor Weber,“ hat Herr von Kardorff im preussischen Abgeordnetenhaus am 27. Februar gerufen, „der das Verbot des Terminhandels als einen Rückschritt zur Barbarei bezeichnet!“ Herr von Kardorff weiß so gut wie wir, daß die Schriften des Professors Max Weber über die Börse ganz manchesterlich sind und so frei wie möglich von jedem Hauche sozialistischen Geistes; er weiß so gut wie wir, daß Professor Weber nicht allein die Sozialdemokraten bekämpft, sondern auch die Nationalsozialen, denen er vorwirft, daß sie mit ihrem Mitleid und ihrer Fürsprache für die Mühseligen und Beladenen eine Politik des Miserabilismus trieben; er weiß sehr gut, daß Weber entschieden national gesinnt ist und Maßregeln gegen die Polonisirung Osteliens fordert. Trotzdem denunziert er den Mann als Sozialisten! Trotzdem oder eben deswegen, denn freilich fordert Weber als das einzige Gegenmittel gegen die Polonisirung energische innere Kolonisation auf den Latifundien, und davon mögen die Herren Latifundienbesitzer nichts hören, ebenso wenig wie von einem kräftigen Bauernstande, der ihre Vormundschaft abschüttelt.

Gegen den Umsturz. Die Presse aller Parteien hat die Rede, die der Kaiser am 26. Februar bei dem Gastmahl des brandenburgischen Provinziallandtages gehalten hat, reichlich ausgebeutet. Das ist nicht zu verwundern, denn es ist heute schwer, sozialpolitische Reden zu halten, ohne Mißbrauch und Ausbeutung fürchten zu müssen, in der brandenburgischen Hauptstadt wie in Dortmund, für den Kaiser wie für den Professor. Für die sozialpolitischen Ziele des Kaisers wäre es vielleicht förderlicher, wenn weniger solche Reden gehalten würden, und die obersten Räte der Krone, die wahrscheinlich derselben Meinung sind, könnten sich ein Verdienst um den deutschen Kaiser und das deutsche Volk erwerben, wenn sie dahin zu wirken suchten. Das leuchtende Beispiel Kaiser Wilhelms I. würde ihnen dabei trefflich zu statten kommen.

Der Kaiser ruft zum Kampfe gegen den Umsturz auf. Das ist zu viel und zu wenig gesagt, als daß man sich über diesen Kampf ein Urteil bilden könnte. Dazu müssen wir erst klar sehen, wem er gilt, und mit welchen Mitteln er geplant ist. Soweit er den Kampf gegen die Sozialdemokratie bedeutet, hat das Ziel natürlich unsere volle Zustimmung. Man ist in den neuerdings in der national-sozialen Vereinigung vorübergehend zusammengerafften Kreisen sozialpolitischer Schwärmer und Querköpfe und fast noch mehr in den kraftlosen Überresten des abgelebten fortschrittlichen Liberalismus vielfach zu der irrigen Annahme gekommen, oder hält es wenigstens für ratsam, sich zu der Ansicht zu bekennen, als ob die Sozialdemokratie ihren gemeingefährlichen Charakter abgelegt, als ob sie sich zu einer auf dem Boden der bestehenden Staatsordnung gleichberechtigten Partei „ausgewachsen“ hätte. Freisinnige Zeitungen, ja volkswirtschaftliche Fachblätter von sonst einsichtiger Haltung reden allen Ernstes dem Bündnis mit der Sozialdemokratie für die nächsten Reichstagswahlen das Wort. Das ist heller Unverstand. Es wird zwar unmöglich sein, diesen Unverstand für die nächsten Wahlen zu verhüten, aber gesagt werden muß es den Herren Wahlmachern, die keine überzeugten Sozialdemokraten sind, daß sie durch diese Wahltaktik ihrem Patriotismus einen Schandfleck anhängen und dazu noch Hohn und Undank von den Bundesgenossen ernten werden. Die Sozialdemo-

kratie hat mit Parteien der „besitzenden Klassen,“ wie sie sagt, nie einen Bund geschlossen, und sie wird sich auch in Zukunft immer freie Hand bewahren, solange sie besteht, freie Hand zum Umsturz, sobald die Zeit dazu den Führern, den vorsichtigen wie den unvorsichtigen, gekommen zu sein scheint. Für die Sozialdemokratie gilt auch heute noch das Manifest von Marx an die „Proletarier aller Länder“ von 1849, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können „durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“ Daß durch das ausge dehnte Stimmrecht im deutschen Reiche der Sozialdemokratie die Möglichkeit gegeben sei, ihre Anschauungen „ohne gewaltsamen Umsturz“ zur Geltung zu bringen, wie man behauptet hat, ist ein Irrtum, denn wenn im Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit zur Macht gelangte, so wäre der gewaltsame Umsturz zur Erreichung ihrer Ziele nicht beseitigt, sondern gekommen.

Von den in der Presse über die Kaiserrede laut gewordenen Ansichten ziehen wir nur die der Hamburger Nachrichten in Betracht, ihres bedeutenden Hintermannes wegen, obwohl wir gerade bei dieser Rundgebung seines Organs an eine unmittelbare Inspiration nicht glauben können. Das Blatt meint, in gewissem Sinne nicht mit Unrecht, daß eine „Aktion gegen die Umsturzparteien, wie sie der Kaiser wünscht,“ nur dann Erfolg haben könne, wenn sich die Regierung an ihre Spitze stelle, wenn die Regierung klar und unzweideutig die Ziele bezeichne, die erreicht werden sollen, und die Mittel angebe, die sie anzuwenden entschlossen sei. Gewiß ist zu wünschen, daß, wenn der Kaiser in dieser Weise öffentlich jedermann, der ihm im Kampfe helfen will, die Hand bietet, seine verantwortlichen Berater unverzüglich dafür Sorge tragen, daß jedermann, der treu zu Kaiser und Reich hält, wenigstens weiß, ob er einschlagen kann oder nicht. Es sollte nicht möglich sein, namentlich bei diesem Kampfe nicht, daß der Kaiser die Hand bietet ohne vollen Erfolg, und jeder Tag, der vergeht ohne ausreichende Erklärung der „Regierung,“ was das Ziel sei, und wie sie es zu erreichen gedenkt, ist vom Übel. Die Hamburger Nachrichten sind wenigstens mit dem Mittel schnell bei der Hand; sie verlangen ein besonderes Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Wir denken nicht daran, hierüber grundsätzlich aus dem Häuschen zu geraten. Ein Verbot der sozialdemokratischen Verhetzung in öffentlicher Rede und Schrift wäre wohl zu wünschen, aber die juristisch-gesetzgeberische Möglichkeit eines solchen Verbots ohne anderweitige, den Nutzen aufwiegende Unzuträglichkeiten ist sehr fraglich, und wir neigen vorläufig der Ansicht zu, daß gerade in diesem Falle dem Erlass eines besondern Gesetzes ebenso wie einer Abänderung des allgemeinen Rechts außerordentlich große Schwierigkeiten entgegenstehen. Die Ausbeutung der kaiserlichen Rede durch die politisch und kirchlich reaktionäre Presse geben einen wenig erbaulichen Vorgeschmack in dieser Beziehung. Am abschreckendsten aber wirkt, was die Hamburger Nachrichten selber sagen. Mit volltönenden Worten, sagen sie, oder mit „geistigen Waffen“ sei der Sozialdemokratie so wenig beizukommen, wie mit der Sozialreform allein. Die sozialdemokratische Umsturzpartei mit „geistigen Waffen“ bekämpfen zu wollen, sei ein ähnlich aussichtsloses Unternehmen, wie es der Versuch sein würde, Einbrecher, die es auf fremder Leute Geldschränke abgesehen haben, von der Ausführung dadurch abbringen zu wollen, daß man ihnen die moralische und juristische Verwerflichkeit ihres Thuns vorhalte. Es ist unbegreiflich, wie ein Blatt wie die Hamburger Nachrichten eine solche Unkenntnis der Verhältnisse und eine solche Oberflächlichkeit des Urteils verraten kann. Handelt es sich denn bei dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, den der Kaiser will, allein oder auch nur hauptsächlich um die Bekehrung der überzeugten Sozialdemokraten, der bewußt auf

Umsturz losarbeitenden Führer und Schürer? Wir wissen sehr gut, daß da wenig zu befehlen sein wird, daß, wer toll ist, toll bleibt. Aber es handelt sich doch auch und vor allem um die Masse der verführten, blindgläubigen Arbeiter, denen die Endziele der Führer höchst gleichgiltig und ganz unklar sind, die aber in treuer Kameradschaft fest zu denen halten zu müssen glauben, die scheinbar allein oder doch am aufopferndsten ihre Interessen vertreten. Wie kann man da die „geistigen Waffen“ einfach als unbrauchbar beiseite werfen? Wenn Religion und Kirche jemals etwas mit geistigen Waffen erkämpft haben, dann sind sie auch im Kampfe gegen die Sozialdemokratie am Platze. Es ist ein Hohn auf unsre ganze christliche Kultur, wenn man in dieser Weise nach dem Beifall der Krautjunker und Prozen hascht, die auf das Schlagwort von der Untauglichkeit der „geistigen Waffen“ hin im Hochgefühl ihrer überlegnen „Praxis“ natürlich sofort den Stock und die Reitzgerte schwingen. Aber es ist auch die ausgesprochenste Mißachtung des Unterschiedes zwischen Sozialdemokratie und Arbeiterschaft, und der Himmel bewahre unser Volk davor, daß bei dem notwendigen Kampfe gegen die Sozialdemokratie dieser Unterschied etwa nicht überall scharf zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Weiter heißt es dann in den Hamburger Nachrichten: Nicht viel anders sei es, soweit die Wirkung auf die Sozialdemokratie in Frage komme, mit der „Sozialreform.“ Diese finde „ihren Ausgangspunkt in rein menschlichen Motiven“ (was heißt das?). Sie habe — wenigstens wenn man sich auf die Aufgaben beschränke, die ihr durch die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 zugewiesen seien — den Zweck, die Härten zu mildern, die den Arbeitern „bei Erwerbsunfähigkeit,“ gleichviel aus welchen Ursachen, bedrohen. „Sie will den Staat in die Lage bringen, sich sagen zu dürfen, daß er das Seinige gethan habe, und daß die Verantwortung allein der sozialistischen Verheerung zufalle, wenn sich die Verhältnisse einmal so zuspitzen sollten, daß der Staat genötigt wäre, seine Existenzberechtigung und die der bürgerlichen Gesellschaft den Sozialdemokraten gegenüber in materiellen Kampfe erweisen zu müssen. Wer andre Erfolge mit der Sozialdemokratie erreichen zu können hofft, täuscht sich.“ Das also wird für die Sozialreform, für die Arbeiterfreundlichkeit Kaiser Wilhelms I. ausgegeben? Wir können uns keine ärgere Schmähung des Andenkens dieses großen Monarchen mit dem warmen, für die Armen und Schwachen schlagenden Herzen denken.

Es wäre sehr zu beklagen, wenn der kaiserliche Aufruf zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht bald ergänzt würde durch einen unzweideutigen Beweis, daß der Kaiser und seine Regierung die Politik ehrlicher Arbeiterfreundlichkeit, wie sie dem Willen des ersten Kaisers allein entspricht und in den Erlassen von 1890 zum bündigen Versprechen geformt worden ist, unbeirrt fortsetzen wird, trotz aller Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie. Das deutsche Volk wird dann freudig einschlagen in die Hand des Kaisers und treu zu ihm stehen in allen Gefahren des großen nationalen Kulturkampfes, zu dem er aufruft, das deutsche Volk wird dann auch mit aufrichtiger Dankbarkeit den in diesem Kampfe vor allem unentbehrlichen gerechten, selbständigen und verantwortlichen Mitarbeitern des Kaisers den Lohn zu teil werden lassen, der ihnen gebührt. Die persönlichen Schmähungen, die das Hamburger Blatt am Schluß seines Artikels auch diesmal wieder gegen die Regierung des Kaisers richtet, werden es darin nicht beirren.

Sozialwissenschaftliche Studien. Vor kurzem hat in München Professor Brentano zur Eröffnung der Thätigkeit eines sozialwissenschaftlichen Studentenvereins einen Vortrag über die Stellung der Studenten zu den sozialpolitischen Aufgaben

der Zeit gehalten. (München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.) Der Vortrag verdient die Beachtung weiterer Kreise, denn er enthält Perlen der Belehrung über die sozialpolitische Forschung überhaupt.

Brentano sagt, für den Beobachter auf wirtschaftlichem Gebiete sei das Zeugnis der „Interessenten“ gleichzeitig das wertvollste und das gefährlichste. Das wertvollste, denn der Interessent könne allein vollen Aufschluß geben über das, was beobachtet werden solle; das gefährlichste, denn eben weil er Interessent sei, sei es sehr zweifelhaft, daß er überall da Aufschluß geben wolle, wo die Kenntnis der Dinge, wie sie wirklich seien, sein Interesse schädigen könnte, und selbst da, wo er nicht bewußt Falsches sage, sei das Interesse, das er an einer ihm günstigen Auffassung habe, so groß, daß er selbst oft unbewußt die Erscheinungen in gefärbtem Lichte erblicke. Daher entstehe für den „Studierenden“ die Gefahr, einer einseitigen Parteinahme und damit der „Unwissenschaftlichkeit“ zu verfallen. Und angesichts der Energie, mit der die verschiedenen Interessengruppen heute bestrebt seien, ihre Sonderinteressen zur Herrschaft zu bringen, sei diese Gefahr besonders groß. Während man früher in der Politik davon ausgegangen sei, daß das Sonderinteresse dem allgemeinen Interesse unterzuordnen sei, erscheine jetzt der Staat als das „Ausbeutungsobjekt“, dessen Machtfülle in den Dienst der Sonderinteressen gestellt werden müsse, und jede Partei gehe darauf aus, vom Staate Maßregeln zu erlangen, die ihre Sonderinteressen auf Kosten der Gesamtheit zu fördern geeignet scheinen. In diesem Hintansetzen des Gesamtinteresses hinter das wirtschaftliche Sonderinteresse einer Klasse habe der Hauptvorwurf gelegen, den man gegen die „Männer von Manchester“ erhoben habe. Wie wenig die „Negation der Staatseinmischung“, wie sehr vielmehr die „Verfolgung von Sonderinteressen an Stelle des Gesamtinteresses“ das Ausschlaggebende am Manchesterturn sei, gehe daraus hervor, daß heute dieselbe Handelskammer von Manchester aufs lebhafteste für Staatseinmischung eintrete, wo es wieder gelte, ihr Sonderinteresse auf Kosten des Gesamtinteresses zu fördern, so wenn sie lebhaft für künstliche Wiedererhöhung des Silberpreises durch staatliche Maßnahmen eintrete oder staatliche Maßnahmen verlange zur Erleichterung der Konkurrenz der indischen Baumwollenspinnerei und Weberei mit der von Lancashire.

Wir haben seit langer Zeit von einem staatswissenschaftlichen Professor nichts gelesen, was uns so gefallen hätte. Und wenn sich Brentano vollends zu dem Zugeständnis veranlaßt sieht, daß man „sogar versucht sein könnte, die Arbeiter selbst Manchesterleute zu nennen, wenn sie heute auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens die Verstaatlichung der Produktionsmittel verlangen ohne Rücksicht auf die Schädigung, die daraus den Interessenten der Gesamtheit erwachsen würde,“ und daß dieser Bezeichnung der Umstand nicht im Wege stehe, „daß das alte Manchesterturn sein Sonderinteresse gerade durch Negation der Staatseinmischung verfolgt habe,“ so möchte man beinahe hoffen, daß es den in die einseitige sozialdemokratische oder nationalsoziale Arbeiterfreundschaft verirrten gelehrten Herren doch noch einmal klar werden könnte, wie wenig diese Parteibewegungen auf den Namen „sozial“ ein Recht haben, weil sie in der That auf nichts andres hinauslaufen als auf das extremste Manchesterturn der arbeitenden Klasse.

Die Erscheinung, „daß selbst Jünger der Wissenschaft der Sophistik von Interessenten erliegen,“ heißt es weiter, sei ein sprechender Beleg für die Gefahr, der die Studenten der Staatswissenschaften ausgesetzt seien. Die Notwendigkeit, statt die Gesetze des Wirtschaftslebens aus aprioristischen Annahmen abzuleiten, von der Beobachtung der Einzelercheinungen auszugehen, führe dazu, „den Interessenten

aufzusuchen," und das Auffuchen des Interessenten setze den Forschenden in Gefahr, „von dem Netz seiner Irrtümer umgarnt zu werden.“ Dieser Gefahr zu widerstehen, gleichviel von welcher Seite sie komme, sei die oberste Aufgabe der Staatswissenschaft: „dem wenn wir ihr erliegen, hören wir auf, Wissenschaft zu treiben, und werden Partei.“ Leider ist dieser Gefahr die moderne deutsche Staatswissenschaft bereits in bedenklichem Grade erlegen. Die Lehrer der Staatswissenschaft haben eine schwere Schuld auf sich geladen, indem sie unreihe und unerfahrene junge Leute in hellen Haufen dieser Gefahr ausgesetzt haben, einer Gefahr, der sie umso weniger widerstehen konnten, da sich die Lehrherren selbst beeilten, die Lehrlingsarbeiten in einem früher unerhörten Umfange — denn wo hätte sich der Verleger gefunden? — drucken zu lassen und so in den unfertigen Verfassern sehr oft Ehrgeiz und Dünkel zu nähren. Es kommt leider für viele unserer jungen Staatswissenschaftler zu spät, wenn Brentano den jungen Herren in München jetzt zuruft: „Also bedienen Sie sich der Methode aller wahrhaft wissenschaftlichen Forschung, der Beobachtung der Einzelercheinungen, um von ihnen ausgehend zu allgemeinen Sätzen zu gelangen, aber bedienen Sie sich ihrer mit der Vorsicht, die die besondre Natur der auf unserm Wissensgebiet zu beobachtenden Erscheinungen erheischt. Vergessen Sie nie, daß die Aufgabe der Wissenschaft niemals sein kann, Parteiinteressen zu dienen, sondern der Wahrheit, und daß die Erkenntnis der Wahrheit im Gesellschaftsleben die Beschränkung auf die Betrachtung von dem einseitigen Standpunkt jedweder Klasse verbietet, daß sie die Betrachtung vom Standpunkt des Ganzen verlangt. Denn die Interessen keiner einzigen Klasse allein sind identisch mit den Interessen des Ganzen, weder die der Agrarier, noch die der Großindustriellen, noch die der Kleingewerbetreibenden oder Handeltreibenden, weder die der Arbeitgeber, noch auch die der Arbeiter.“

Das ist eine bittere, aber treffende Kritik der heutigen staatswissenschaftlichen Schule in allen ihren Schattirungen. Wir möchten aber dazu noch folgendes bemerken. Seit Jahrzehnten sind wir immer tiefer in eine Unterschätzung der Rechtswissenschaft und der juristischen Schulung für das Studium der Staatswissenschaft geraten. Die Feindschaft gegen die juristische Schulung ist jetzt geradezu Mode, und wer dagegen ankämpft, hat vorläufig auf keinen Erfolg zu rechnen. Es fällt uns nicht ein, zu behaupten, daß nicht auch Angehörige anderer Berufsweige, Männer, die in sonstigen wissenschaftlichen Thätigkeiten oder in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, selbst als Soldaten und vollends in Beamtenstellungen ohne juristische Vorbildung zur Reife gelangt sind, der von Brentano geschilderten Gefahr, „der Sophistik von Interessenten zu erliegen,“ widerstehen könnten, wir kennen selber solche Leute genug, die manchen Juristen als leuchtendes Beispiel dienen sollten. Aber wenn es sich um die staatswissenschaftliche Erziehung junger Leute, um das schulgemäße Studium handelt, erscheint uns die Trennung der Staatswissenschaft von der Rechtswissenschaft verkehrt, vollends seitdem die Staatswissenschaft in der Hauptsache Sozialwissenschaft geworden ist. Namentlich aber möchten wir, daß das „Auffuchen der Interessenten“ gereiften Leuten überlassen bleibe, daß es nicht als „gelehrte Übung“ der Studenten und Doktoranden betrachtet werde, auch nicht der jungen, praktisch unerfahrenen Juristen. Nicht Mißachtung der Staatswissenschaft bestimmt uns hierzu, sondern gerade die Hochachtung vor ihr. Wenn, wie wir hoffen, die staatswissenschaftliche wie die juristische Vorbildung der deutschen Juristen und Verwaltungsbeamten den unerläßlichen Anforderungen der Gegenwart entsprechend gehoben wird, wenn ferner der Statistik und namentlich der Sozialstatistik endlich die ihr gebührende Stellung in wissen-

schafflicher und praktischer Beziehung eingeräumt wird, dann wird auch der Staatswissenschaft als solcher und ihren schätzenswerten Lehrkräften eine bessere Würdigung zu teil und ein größerer Einfluß auf das Staatsleben gesichert werden.

Ein lehrreicher Fall, wo der Forscher der von Brentano geschilderten Gefahr erlegen ist, ist der von Professor Tönnies im zweiten Heft des zehnten Bandes des Archivs für soziale Gesetzgebung und Statistik veröffentlichte Aufsatz: „Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg vor dem Streik 1896/97.“ Man wird diese Arbeit wohl als den Abschluß der Versuche, den Streik zu rechtfertigen, betrachten dürfen. Es mag auch ein gewisses Maß von Berechtigung haben, wenn der Verfasser sagt, die Hamburgische Unternehmerschaft rühme sich gern ihrer kapitalistischen Leistungen, ihres Verdienstes um die Fortschritte des Verkehrs, der deutschen Flagge, des Nationalreichtums; aber der Förderung des sozialen und sittlichen Zustands der Arbeiterschaft können sie sich nicht rühmen, ja sie habe Ursache, sich ihres Verhaltens zu manchen Mißständen in den Arbeitsverhältnissen im Hafen zu schämen. Aber damit ist der Ausbruch dieses Streiks nicht gerechtfertigt. Tönnies hat durch seine nachträgliche „Untersuchung“ der Mißstände im Hamburger Hafen erst recht erkennbar gemacht, daß die Anwendung eines so zweischneidigen Kampfmittels in diesem Falle völlig ungerechtfertigt, ja frivol war, und daß die Hamburger Arbeiterschaft aus sich selbst und aus den Verhältnissen heraus sich nimmermehr zu dieser ungerechtfertigten Arbeitseinstellung entschlossen hätte. Unter allen Mißständen, die Tönnies durch seine Untersuchung festgestellt zu haben meint, ist nichts zu finden, was nicht in den bisherigen Rechtfertigungsversuchen bereits aufgezählt worden wäre, mit Ausnahme — um nichts zu verschweigen — der hohen Mietpreise für die Arbeiterwohnungen in der Nähe des Hafens. Auch durch neue, zuverlässigere Quellen zeichnet sich diese Untersuchung nicht aus, wenn auch die den modernen Staatswissenschaftlern eigne schulgerechte „Aufmachung“ des Materials auf manche den Eindruck besondrer Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit machen wird. Die hohen Mietpreise betont Tönnies besonders, um den hohen „Nominallohn“ der Hamburger Hafenarbeiter verhältnismäßig niedrig erscheinen zu lassen; aber wenn „in der Nähe des Hafens,“ nachdem dort ganze Straßenzüge niedergelegt worden sind, die typischen Arbeiterwohnungen von einem heizbaren und einem unheizbaren Zimmer durchschnittlich 200 Mark Jahresmiete erfordern und mit 3,34 Köpfen belegt sind, so sind das keineswegs Verhältnisse, die von den übrigen deutschen Großstädten allzu ungünstig abstechen und Arbeiter, denen in entferntern Stadtteilen Wohngelegenheit zur Verfügung stand, zum Ausstand treiben konnten, zumal da der Senat Maßregeln zur Schaffung besserer Arbeiterwohnverhältnisse plant. Daß solche Pläne nicht von heute auf morgen ausgeführt werden können, hätte sich der staatswissenschaftliche Forscher bei etwas geringerer Voreingenommenheit selbst sagen können. Wir bitten die staatswissenschaftlichen Herren Professoren, wenn sie auch nicht instande sind, aus den Hamburger Ausstandserfahrungen die für die Erforschung der Wahrheit notwendigen Lehren zu ziehen, wenigstens in Zukunft selbst den Schein zu vermeiden, „Partei“ zu sein. Sie werden dadurch nicht nur der Anforderung der Wissenschaftlichkeit entsprechen, sondern auch den Hamburger Arbeitsverhältnissen am besten dienen.

Ein neuer Nekrolog der Deutschen. Jahr für Jahr wird unser Büchermarkt mit neuen periodischen Erscheinungen überschwemmt, nach denen nicht das geringste Bedürfnis ist. Für die unbedeutendste Liebhaberei von zwei oder drei Leuten wird sofort eine neue Zeitschrift gegründet. Dann wird dem Publikum

vorgeredet, wie notwendig die Zeitschrift sei, es finden sich auch Mitarbeiter, die mit Mühe und Not eine Anzahl Hefte füllen, und ein paar gutherzige Leute, die darauf abonnieren, aber nach kurzer Zeit verschwindet sie wieder, und wenn sie sich wirklich eine Reihe von Jahren aufrecht erhält, so wäre es doch das Beste, wenn sie wieder verschwände, denn sie nimmt doch nur notwendigen Blättern eine Zeit lang die Mitarbeiter und die Käufer weg.

Zu diesen überflüssigen neuen Zeitschriften, wir wollen es nur offen gestehen, haben wir auch die „Biographischen Blätter“ gerechnet, die seit 1895 von Anton Bettelheim herausgegeben worden sind. Sie waren weder Fisch noch Fleisch, hatten keinen rechten Zweck, und der Verleger (Ernst Hoffmann u. Co. in Berlin) hat schwerlich Seide dabei gesponnen.

Mit Anfang dieses Jahres sind aber nun die „Biographischen Blätter“ in einen andern Verlag übergegangen (Georg Reimer in Berlin), und damit ist zugleich eine Umwandlung mit ihnen vorgenommen worden, durch die das ganze Unternehmen mit einem Schlage zu einem der notwendigsten periodischen Erscheinungen werden wird: von diesem Jahre an sollen die „Biographischen Blätter“ als „Biographisches Jahrbuch und — Deutscher Nekrolog“ erscheinen. Alljährlich soll die Zeitschrift spätestens Mitte November als Band von 480 bis 500 Seiten Lexikonoktav ausgegeben werden. Das Hauptgewicht soll dabei auf einen sorgfältig und vollständig gearbeiteten Nekrolog der im vorhergehenden Jahre (also diesmal 1896) gestorbenen hervorragenden Deutschen gelegt werden.

Wir begrüßen die Zeitschrift in dieser Umgestaltung mit aufrichtiger Freude und Genugthuung. Seit 1854 fehlt es uns in Deutschland an einem derartigen Unternehmen. Der „Neue Nekrolog der Deutschen“, der seit 1823 erschienen war, im Anschluß an Schlichtegrolls „Nekrolog“ (später „Nekrolog der Deutschen“) von 1790 bis 1806, ging 1854 aus Mangel an Teilnahme (unglaublich!) ein. Seitdem sind wir, wenn wir nach Lebensnachrichten über hervorragende Deutsche suchen, die nach 1854 gestorben sind, falls keine Biographien in Buchform über sie erschienen sind, auf die Nachrichten angewiesen, die die Tagespresse, die illustrierten Zeitungen und Familienjournale und die Fachzeitschriften gebracht haben. Wie mühselig, ja wie ganz unmöglich es oft nach wenigen Jahren schon ist, solche Lebensnachrichten wieder zur Stelle zu schaffen, weiß jeder, der wissenschaftlich arbeitet. Wie unbefriedigend ist aber auch oft das Ergebnis! Solche Nekrologe für die Tagespresse, für illustrierte Zeitungen usw. werden meist mit größter Schnelligkeit angefertigt und meist von gewerbsmäßigen Journalisten, von Leuten, die dem Verstorbenen fern gestanden haben, die weder imstande gewesen sind, sich genauer über seinen Lebensgang zu unterrichten, noch seine Bedeutung auch nur entfernt zu würdigen. Nichts sagende Phrasen auf der einen Seite, ungenaue oder falsche Angaben auf der andern sind die gewöhnlichen Eigenschaften solcher Nekrologe. Oft ist nicht einmal der Todestag richtig angegeben, die natürliche Folge des Umstands, daß die erste Todesnachricht jetzt gewöhnlich durch ein Telegramm verbreitet wird, das sich mit einem „heute“ oder „gestern“ begnügt, ohne das Datum beizufügen.*) Weit besser, oft ganz vorzüglich, sind die Nekrologe in Fachzeitschriften, aber wer weist sie einem nach Jahren noch nach? Es ist unbegreiflich, daß man ein Unternehmen wie den

*) Am 19. Mai des vorigen Jahres starb Clara Schumann. Schon in der Woche darauf gab die Leipziger Illustrierte Zeitung den 20. Mai als ihren Todestag an, und derselbe Fehler kehrte auf dem Programm des Leipziger Gewandhauskonzerts wieder, das ihrem Gedächtnis gewidmet war. Das ist nur ein Beispiel von vielen.

„Nekrolog der Deutschen“ vor dreißig Jahren hat aufgeben können. Die Lücke läßt sich ja nie wieder ausfüllen. Einen kleinen Teil davon hat zwar in der Zwischenzeit die „Allgemeine deutsche Biographie“ ausgefüllt, aber der größere Teil der Lücke wird weiter klaffen und wird jetzt, wo sich die „Allgemeine deutsche Biographie“ mit raschen Schritten ihrem Abschluß nähert, immer größer werden, wenn nicht sobald als möglich an das, was vor dreißig Jahren leichten Herzens aufgegeben worden ist, wieder angeknüpft wird. Die Grenzboten haben schon vor Jahren einmal eindringlich darauf hingewiesen, wie notwendig das sei.

Dieser Aufgabe will sich nun das „Biographische Jahrbuch“ unterziehen. Es soll, wie die Verlags-handlung in dem seeben ausgegebenen Prospekt mitteilt, „genaue, von sachkundigen Bearbeitern herrührende Lebensbeschreibungen der im vorigen Jahre verstorbenen bemerkenswerten Fürsten, Staatsmänner, Dichter, Künstler, Soldaten, Juristen, Theologen, Mediziner, Schulmänner, Beamten, Parlamentarier, Industriellen, Schriftsteller, Publizisten, auch Frauen, bringen, je nach der Wichtigkeit der behandelten Person in künstlerisch ausgeführten Darstellungen oder in kurzen, alle Angaben aus erster Hand schöpfenden Abrissen unter Benutzung und Anführung aller erreichbaren Quellen.“

Daß das Unternehmen in dieser seiner neuen Gestalt bald einen ausgedehnten Abnehmerkreis haben wird, ist wohl kein Zweifel. Keine Bibliothek, aber auch keine selbständigere Redaktion wird es entbehren können. Möge aber der „Nekrolog“ auch recht viele tüchtige Mitarbeiter finden, auch freiwillige! Denn es wird im Anfang, ehe ein größerer Stamm ständiger Mitarbeiter gewonnen ist, nicht leicht sein, das Material für das verflossene Jahr vollständig und rechtzeitig zusammenzubringen. Darum: wer etwas zu bieten hat, was vielleicht kein andrer augenblicklich so bieten kann wie er, der sende es ein, auch unaufgefordert; er kann sicher sein, daß es auf irgend eine geeignete Weise der Sache zu gute kommen wird. Und somit denn dem neuen „Nekrolog“ eine lange und erspriessliche Zukunft!

Clara Schumann bei Goethe. In der „Allgemeinen Musikalischen Zeitung“, die seit dem Jahre 1798 bei Breitkopf und Härtel in Leipzig erschien — wenn es heute eine solche Zeitung gäbe! —, findet sich im 34. Jahrgang (1832. März. Nr. 12) eine Korrespondenz aus Weimar, die über das musikalische Leben Weimars während des verflossenen Winters sehr umsichtig und verständig Bericht erstattet. Darin heißt es auch: „Ein einziges Extra-Concert wurde in dem angegebenen Zeitraume gegeben und zwar von der zwölfjährigen Virtuosa auf dem Pianoforte Dem. Clara Wiek aus Leipzig. Die darin vorgetragenen Stücke waren: Overture von Hummel, Adelaide von Beethoven, Lieder von Justinus Kerner, componirt von Clara Wiek, Romanze für die Phyxharmonika, gespielt von Herrn Wiek (dem Vater der Concertgeberin) und vier Concertstücke, gespielt von Clara Wiek, nämlich Concert von Bizis, Op. 130; *Là ci darem la mano*, variirt von F. Chopin, Op. 2; Duo für Pianoforte und Violine von Herz und Veriot und Bravourvariationen von Herz, Op. 20. Die noch so junge Künstlerin erntete schon in dem ersten Stücke den rauschendsten Beifall, der in den folgenden bis zum Enthusiasmus stieg. Und wirklich ist die große Fertigkeit, Sicherheit und Kraft, mit der sie auch die schwierigsten Sätze leicht und spielend vorträgt, weit mehr aber noch das Geist- und Gefühlvolle ihres Vortrags, der kaum etwas zu wünschen übrig läßt, höchst bewunderungswürdig. Dem. Wiek spielte vorher mit großem Beifalle bei Hofe und vor und nach dem Concerte in mehreren Privatirkeln, in denen sie, wenn sie nicht eben vor dem Flügel saß, ganz lebenswürdiges Kind war. Ihr Vater, der ihr

einzigster Lehrer im Spiel ist, gedenkt mit ihr eine größere Reise zu machen zu weiterer künstlerischer und allgemeiner Ausbildung.“

Zu den „Privatzirkeln,“ von denen der Berichtersteller hier spricht, hat auch Goethes Haus gehört. Am 5. Oktober 1831 schreibt Goethe an Zelter: „Gestern erschien bei mir ein merkwürdiges Phänomen. Ein Vater brachte seine flügel-spielende Tochter zu mir, welche, nach Paris gehend, neuere Pariser Compositionen vortrug; auch mir war die Art neu, sie verlangt eine große Fertigkeit des Vortrags, ist aber immer heiter; man folgt gern und läßt sich gefallen.“ Obwohl in dem „Briefwechsel zwischen Goethe und Zelter“ nirgends — weder in einer Anmerkung, noch im Register — der Name dieser „flügel-spielenden Tochter“ genannt wird, kann doch nicht der geringste Zweifel darüber sein, daß es Clara Wieck war.*)

Merkwürdig ist, daß sie selbst später niemals dieses Besuchs bei Goethe gedacht zu haben scheint. Soviel ich weiß, findet sich in der ganzen reichen Litteratur über Robert und Clara Schumann nirgends eine Spur davon. Für Goethe war der Besuch eins seiner letzten musikalischen Erlebnisse, vielleicht das letzte überhaupt — im April 1830 hatte ihn noch die Schröder-Devrient, ebenfalls auf der Reise nach Paris, besucht und ihm Schuberts Erlkönig vorgesungen. Sieben Blätter weiter nach jener Korrespondenz aus Weimar (März. Nr. 13) meldet die „Musikalische Zeitung“ seinen Tod. G. W.



Litteratur

Volkstümliche Kunst. Wir weisen gern auf Bücher hin, die unsre Heimats-kunst sachlich genau und dabei in der Form so darstellen, daß sie der Leser als eine Äußerung des Volksgeistes empfindet, auf die er ebenso zu achten hat, wie auf Worte der Dichtkunst oder des Schrifttums. Die Franzosen sind uns in dieser Art von Büchern über Kunst weit voraus. Sie behandeln Gotik, Renaissance, Rokoko in ihren einzelnen Abschnitten in besondern Büchern für die verschiedensten Leserkreise und immer im Hinblick und mit dem deutlichen Hinweis darauf, daß es ihre Geschichte ist, die sie schreiben. Hoffentlich kommen wir allmählich nach. Deutsche Eigenart in der bildenden Kunst von Gustav Ebe, mit 100 Abbildungen (Leipzig, Weber) ist ein derartig erwünschtes Buch. Es behandelt den romanischen Stil und seine Vorstufen, auch die Kleinkunst, und was neben der strengern Erscheinung des Stils hergeht, z. B. das Bauernhaus der einzelnen Stämme, in einfacher und sehr klarer Sprache.

Der Verfasser ist Architekt, beschreibt sachgemäß, läßt aber dabei durchaus auch die geschichtlichen Verhältnisse zu ihrem Recht kommen. Das kleine handliche Buch hat in seiner ganzen Art etwas sehr anziehendes.

Sehr wertvoll ist ebenfalls ein auf unendlich mühsamen Studien beruhendes

*) Vermutet worden ist dies schon von andrer Seite, in dem vortrefflichen Aufsatz von Ernst Niemeyer: Über Goethes Stellung zur Tonkunst (Programm des Königl. Gymnasiums zu Chemnitz. 1881), dem Besten, was über Goethes Verhältnis zur Musik bisher geschrieben worden ist — leider, wie so manche gute Programmarbeit, so gut wie unbekannt.